

Samstagsinterview

«Die Jugendarbeitslosigkeit wird extrem anschwellen»

Stefan Wolter Der Bildungsökonom warnt vor langen Bremsspuren der Corona-Krise im Schweizer Bildungssystem. Schwierig werde es vor allem für jene, die im Sommer zum ersten Mal eine Stelle suchen.

Christoph Aebischer

Einige Kantone verzichten auf Maturaprüfungen. Haben ihre Maturen weniger Wert, Herr Wolter?

Die Aussagekraft der Matura war immer begrenzt. Sagen wir es so: Wenn nie Schlussprüfungen stattfinden würden, dann würde dies zu Qualitätseinbussen führen. In der aktuellen Situation lernen die meisten Maturanden aber trotzdem, weil sie im Ungewissen waren. So gesehen ist es praktisch irrelevant, ob nun Prüfungen geschrieben werden oder nicht.

Dann könnte der Verdacht eines Maturanden zutreffen: Er sagte mir, dass die Kantone die Entscheidung wohl hinausgezögert hätten, um ihn zum Lernen anzuhalten.

Das kann eine Absicht gewesen sein. Da wäre ich sogar dafür, andernfalls hätten einige wohl wirklich früher mit Lernen aufgehört. Wer klug ist, hat das sowieso nicht gemacht.

Als Bildungsforscher kritisieren Sie zuweilen die kleinräumigen Differenzen in der Schweiz. Weshalb halten Sie den Matura-Flickenteppich jetzt für unproblematisch?

Weil Maturen nie vergleichbar waren – und weil die Universitäten von jeher stark selektionieren. Maturazeugnisse können dieselben Schwerpunkte ausweisen und sogar dieselben Noten enthalten, dahinter verbergen sich jedoch ganz andere Kompetenzen. Und ein Teil des Zeugnisses basierte stets nur auf Erfahrungsnoten. Studierende können entsprechend auch Studienrichtungen wählen, in denen sie nicht geprüft worden sind. Zudem schaffen nur 4 Prozent die Maturitätsprüfung nicht, aber 20 Prozent der «Erfolgreichen» schaffen den Uni-Abschluss nicht. Wer das Rüstzeug also nicht mitbringt, wird die Quidung in den ersten Semestern an der Uni erhalten.

Bei den 75'000 Absolventen einer Berufslehre legen auch nicht alle eine Prüfung ab. Das werde zum Handicap bei der Stellensuche, warnt der Gewerbeverband. Was sagen Sie?

Bis jetzt konnte ein Arbeitgeber anhand des Abschlusszeugnisses relativ gut abschätzen, ob sich ein ehemaliger Lehrling als Angestellter eignet. Die Befürchtung besteht, dass das diesjährige Zeugnis weniger aussagekräftig sein wird, man quasi die Katze im Sack kauft.

Nun droht eine Rezession. Fehlen da nicht so oder so Stellen?

Im Vergleich zur Prüfungskontroverse wiegt das deutlich schwerer und wird zur wahren Herausforderung. Wir werden im Sommer ein extrem stärkeres Anschwellen der Jugendarbeitslosigkeit erleben.

Was lässt sich dagegen unternehmen?

Analog zu früheren Krisen wird man den Lehrbetrieben empfehlen, den ehemaligen Lehrling länger zu be-

schäftigen. Weil in vielen Fällen jedoch schon der Vertrag für den nächsten unterschrieben ist, wird das nicht gehen. Vor allem nicht in dieser Zeit, in der viele Lehrbetriebe ums Überleben kämpfen.

Was wäre aus Ihrer Sicht besser? Den ehemaligen Lehrling zu behalten oder einen neuen einzustellen?

Einem Schulabgänger eine Grundausbildung zu ermöglichen. Wenn der Lehrvertrag unterschrieben ist, sind die Lehrbetriebe sowieso verpflichtet dazu.

Dann stehen also nicht in erster Linie Schulabgänger, sondern frisch ausgebildete Berufsleute vor einer schwierigen Zeit. Was raten Sie ihnen? Sich fit zu halten, fachliche Lücken zu schliessen oder Fremdsprachen zu ler-

«Wer in einer Rezession in den Arbeitsmarkt eintritt, schleppt bis zu zehn Jahre Nachteile mit sich.»

nen. Untersuchungen zeigen leider, dass jene, die in einer Rezession in den Arbeitsmarkt eintreten, bis zu zehn Jahre Nachteile in Form tieferer Löhne oder Arbeitslosigkeit mit sich schleppen. Das gilt für Akademiker ebenso, die zwar ihre Studienzzeit verlängern können, was jedoch ebenfalls seinen Preis hat und das Lebenseinkommen schmälert.

Das ist hart – und unabänderlich?

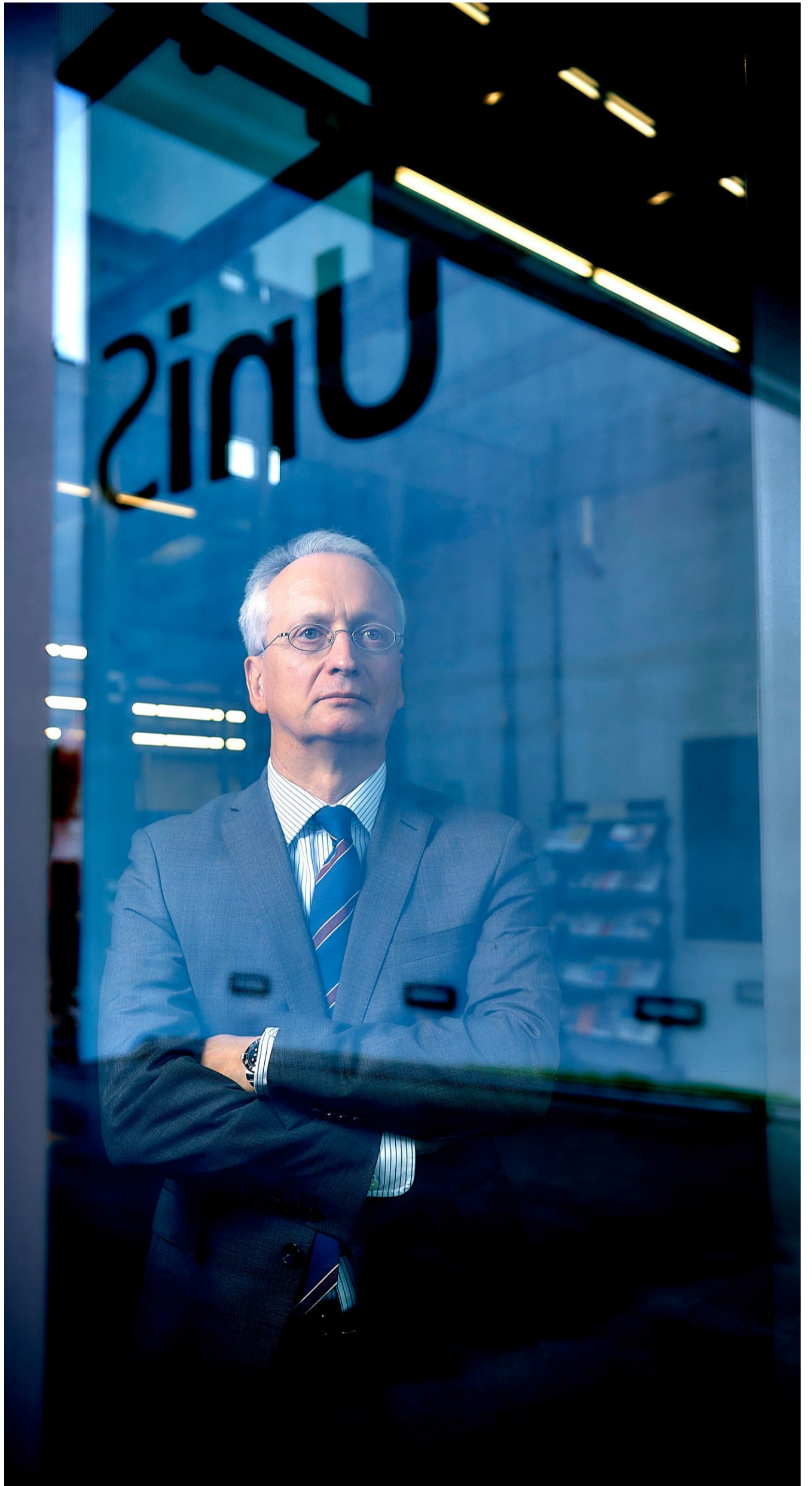
Zumindest gelang es in der Vergangenheit nicht, solche Folgen zu vermeiden. Derartige Schicksalsschläge mussten in der Wirtschaft immer wieder verdaut werden. Ich gebe zu, das ist ungerecht für den Jahrgang, der jetzt im Arbeitsmarkt Fuss fassen muss.

Um die Chancengerechtigkeit ist es schlecht bestellt, wie Sie im nationalen Bildungsbericht 2018 erneut festhielten. Wird es schlimmer?

Der Unterricht ist zwar in den vergangenen Wochen nicht ausgefallen, aber er unterschied sich von Kanton zu Kanton, von Schulhaus zu Schulhaus, ja sogar von Lehrperson zu Lehrperson. Jeder Schüler ist also sehr individuell durch diese Zeit, die länger als ein halbes Semester dauerte, gekommen. In der Volksschule wird es Kinder geben, die praktisch zwei Monate schulfrei hatten, und andere, bei denen fast kein Unterschied zum normalen Unterricht feststellbar sein wird.

Was bedeutet das?

Ob die Chancengerechtigkeit abnimmt, ist für mich noch offen. Am Ende der obligatorischen Schulzeit beträgt die Differenz zwischen den Besten und den Schlechtesten bis zu zwei Jahre Schulstoff. Was in elf Jahren normalerweise abgeht, ist mit Sicherheit deutlich schlimmer als das, was nun dazukommt. Die Folgen müssen zudem nicht unbedingt dieselben Kinder treffen.



«Schwierig wird es für jene, die zum ersten Mal auf Stellensuche sind», sagt Bildungsexperte Stefan Wolter. Foto: Adrian Moser

Mister Bildungsbericht

Stefan Wolter verantwortet als Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) den nationalen Bildungsbericht, der alle vier Jahre erscheint. Der Bildungsökonom ist Professor an der Universität Bern. (cab)

Warum?

Jetzt können auch Kinder Mühe bekunden, die sonst kein Problem haben. Zum Beispiel, weil die Lehrerin oder der Lehrer mit der aktuellen Situation komplett überfordert war oder die Eltern im Homeoffice störten. Ein fremdsprachiges Kind hingegen, das im Präsenzunterricht benachteiligt war, wurde vielleicht von seiner Lehrkraft in dieser Phase enger begleitet.

Dann ist alles halb so schlimm?

Man wird Defizite kompensieren müssen, das ist klar. Aber meiner Meinung nach sollte man diese Folgen nicht überbewerten, sondern auch die positiven Seiten sehen. Für viele Schüler war der Fernunterricht zwar ein Schock. Nicht alle konnten damit umgehen. Aber einige lernten Neues, zum Beispiel selbstständig zu arbeiten. Forschungsergebnisse belegen, dass nach schwierigen Situationen ein kurzzeitiger Einbruch zu beobachten ist, danach aber die Lernkurve sogar stärker steigt.

Das Bildungssystem wurde jedenfalls ins digitale Zeitalter katapultiert. Wie erging es Ihnen?

Ich kenne mich mittlerweile in mehreren Videokonferenz-Tools aus, ohne Not wäre das wohl nicht so. Und ich sehe nun die Vorteile: Kürzlich konnte ich bei einer vor der Krise geplanten Sitzung sechs Stunden Reisezeit einsparen. Oder: In der letzten Stunde einer Vorlesung stellen meine Studierenden jeweils Fragen zum Prüfungsstoff. Mehrere Wochen vor dem Test war das meist zu früh. Die Fragen kamen dann später per E-Mail, und ich beantwortete sie individuell. Dieses Mal lud ich eine Woche

«Der Fernunterricht war für viele Schüler ein Schock. Aber sie lernten auch Neues: etwa selbstständig zu arbeiten.»

vor dem Prüfungstermin zur Videokonferenz, und alle hatten etwas von meinen Ausführungen. Das werde ich sicher beibehalten.

Ist der Face-to-Face-Kontakt an Universitäten gar nicht so wichtig?

Doch. Erst jetzt wurde vielen bewusst, was einem beim Fernunterricht fehlt. Das erlebte ich auch an der Universität. Bisher beklagten sich Studierende oft, dass Vorlesungen nicht als Podcast angeboten werden. Schon nach wenigen Tagen häuften sich nun Anfragen beim Dekanat, wann endlich wieder normale Vorlesungen stattfinden würden. Das deckt sich mit meinen Erfahrungen: Bei der vorher erwähnten Videokonferenz zu den Prüfungen fragte ich, wer die Rückkehr zum Präsenzunterricht begrüßen würde. Das Resultat fiel 20 zu 1 aus. Die Digitalisierung hat eben zwei Seiten.

Welche überwiegt?

Zu hoffen ist, dass sich nun keine unversöhnlichen Lager in Schützengräben mehr gegenüberstehen: Jenes, das alles

Digitale verteufelt und gelobt, nicht von Kreide und Wandtafel zu lassen, und das andere, das die Zukunft allein digital sieht. Man kennt nun Grenzen und Möglichkeiten beider Vermittlungsformen besser und wird sie gezielter einsetzen können. Ein Kollege etwa sagte mir kürzlich, er werde die neuen Videosequenzen zu seiner Vorlesung bestimmt weiterhin verwenden.

Sehen Sie andere Lehren, die sich aus der Krise ziehen lassen?

Bis jetzt eher im Kleinen: Jene Schulen, die einen guten Draht zu Eltern und Schülern haben, schafften viel rascher den Umstieg in den Krisenmodus. Wer nur die Postadresse der Kinder kannte, hatte da viel mehr Mühe, wie eine mir zugetragene Episode trefflich illustriert: Nach dem Lockdown musste eine Lehrerin von Briefkasten zu Briefkasten gehen, um Aufträge zu verteilen. Ich kann auch ein eigenes Erlebnis hinzufügen: Bisher hielt ich es für bevormundend, wenn sich Studierende elektronisch für eine Veranstaltung einschreiben mussten. Als Mitte März die Türen der Universitäten plötzlich zu waren, konnte ich in Basel, wo das bereits üblich ist, alle meine Studenten im Handumdrehen kontaktieren. In Bern habe ich keine Ahnung, wer jeweils im Vorlesungssaal sitzt.

Das werden Sie ändern?

Man sollte die jetzt etablierten elektronischen Kanäle tatsächlich vermehrt im Normalbetrieb nutzen. Dann kann ich künftig etwa eine Audiodatei zu Vorlesungen hochladen, falls ich einmal krank bin. In der Volksschule könnten Lehrer beispielsweise Eltern eines Schülers, der im Lernstoff für einen Test nicht sattelfest ist, per SMS auffordern, ihr Kind zum Lernen anzuhalten. Das wird im Ausland bereits mit Erfolg praktiziert. Aber ich möchte hier nicht ein rosiges Bild der Krise malen.

Weshalb?

Die wirtschaftlichen Folgen dieser Krise werden auch im Bildungssystem lange Bremspuren hinterlassen. Lohnforderungen des Personals oder höhere Forschungsetats haben auf lange Sicht hinaus wohl keine Chancen mehr.

Die SVP will angesichts der Mehrausgaben für Arbeitslose und Sozialhilfe bei der Bildung sparen.

Kurzfristig würde das wenig sichtbare Folgen haben, langfristig hingegen wäre der Schaden immens. Finanzminister Ueli Maurer will das absehbare Budgetdefizit von bis zu 40 Milliarden Franken über höchstens 25 Jahre abzahlen. Dazu braucht es wirtschaftliche Wertschöpfung, die wiederum nur von gut ausgebildeten Menschen erbracht werden kann. Die Idee, Schulden zurückzubezahlen, indem man in der Bildung spart, würde sich am Schluss als Schuss ins eigene Bein herausstellen.

Vorerst geht am Montag für 950'000 Kinder die Schule wieder los. Passt der Zeitpunkt?

Epidemiologen sagen, dass man diesen Schritt nun wagen könne. Bekanntlich öffnen nur obligatorische Schulen, nicht aber Mittel- und Hochschulen, weil man davon ausgeht, dass jüngere Kinder dank ihrem Alter geschützt sind. Wir müssen uns auf Expertenmeinungen verlassen, selbst wenn sie sich ab und zu widersprechen.